

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die Umweltinteressen in der EU besser zu vertreten, mahnen am Vorabend der deutschen EU-Ratspräsidentschaft **Dr. Liesel Hartenstein MdB** und **Michael Müller MdB** an.

Seite 1

Vor weiteren Kürzungen der Leistungen für Asylbewerber warnt **Cornelia Sonntag-Wolpert MdB**.

Seite 4

Daß das Europäische Parlament mit überdurchschnittlich vielen weiblichen Abgeordneten eine Lobby für Frauen ist, weist **Karin Junker MdB** nach.

Seite 4

Permethrin, ein neues Umweltgift. Diesmal versteckt in Teppichen. Die Gefahr ist bekannt, doch Bonn handelt nicht, klagt **Michael Müller MdB**.

Seite 5

In den nächsten 15 Jahren wächst die Autolawine in Deutschland auf 50 Millionen Pkw. Ein Dokument des Scheiterns der Bonner Verkehrspolitik, stellt **Klaus Dautberthäuser MdB** fest.

Seite 6

49. Jahrgang / 115

20. Juni 1994

Töpfer - Großmeister im Schwarzer-Peter-Spiel Umweltinteressen bei der deutschen EU-Präsidentschaft ernst nehmen

Von **Dr. Liesel Hartenstein MdB**
Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Binnenmarkt und Umweltunion und
Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

1. Schwarzer Peter-Spiel statt europäischer Umweltpolitik

In der Europäischen Union erfreut sich ein beliebtes Kinderspiel einer wachsenden Anhängerschaft: in der Umweltpolitik wird Schwarzer Peter gespielt. Gleich ob in der Energieversorgung, der Landwirtschaft, beim Umgang mit problematischen Stoffen oder in der Verkehrspolitik: Nirgendwo wird das ökologisch Notwendige gemacht, aber das wird um so lauter von den nationalen Umweltministern angekündigt, die auch ihre Durchsetzungsschwäche nicht daran hindert, immer wieder großspurige Erklärungen abzugeben. Und wenn dieses Doppelspiel nicht klappt, bleibt am Ende immer noch die Schuldzuweisung an Andere. Nirgendwo sonst ist das Als-ob-Verhalten so ausgeprägt wie im Europäischen Umwelttrat. Hier die große Geste zur Rettung der Welt für den elektronischen Guckkasten, in Wahrheit zur Beruhigung des Publikums, und dort die tatsächliche Praxis, die am liebsten im Dunklen bleiben soll.

Der deutsche Umweltminister Klaus Töpfer ist ein Großmeister der Verschleierung dieses realen Sachverhalts. Ein Minister, der über eine hohe Sachkenntnis verfügt, aber seinen eigenen Anspruch nicht einkönnen kann, der sein Scheitern verdrängt, beziehungsweise Niederlagen noch als Erfolg zu verkaufen sucht. Die Beispiele dafür sind nicht nur national zahlreich, auch auf EU-Ebene hat der deutsche Umweltminister in den letzten sechs Jahren die Politik nicht nachhaltig verändern können. Die groß angekündigte EU-weite CO₂-Steuer ist auf der Strecke geblieben, in der Verkehrspolitik haben sich die Deregulierer durchgesetzt, von einer europäischen Initiative für einen gemeinsamen Klimaschutz ist nichts zu sehen, über die EU fließen erhebliche FCKW-Mengen in die Bundesrepublik zurück, in der Landwirtschaft hat sich an der extensiven Ausrichtung nichts geändert, die Salz- und Dreckfrachten im Rhein sind immer noch zu hoch. In wichtigen Umweltbereichen ist die Bundesregierung sogar als Bremser in der EU aufgetreten. Bei der Sicherung hoher Qualitätsziele beim Trinkwasser, beim unverändert hohen Müllexport oder bei der Regulierung von Chemikalien.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zugl.: MwSt. und Versand.

Prinzipieller Umgang
mit verschliffenen Rohstoffen
Recycling-Papier



Vor allem aber ist es Töpfer nicht gelungen, die europäischen Umweltstandards in einem progressiven Sinne zu harmonisieren und der EU eine Perspektive in Richtung auf eine ökologische Modernisierung zu geben. Dies ist sicherlich nicht allein die Schuld des Umweltministers, die Bundesregierung hat insgesamt auf diesem Feld versagt. Dennoch fragen wir den Umweltminister: Welche Initiativen hat er unternommen, daß zum Beispiel in allen EU-Ländern die Umwelt-Richtlinien gleichermaßen umgesetzt werden, so daß es keine ungerechtfertigten Konkurrenzvorteile gibt? Auch ist zu fragen, was hat Töpfer gemacht, um nationale Umweltziele international abzusichern, zum Beispiel in der Energieversorgung zugunsten von effizienten und solaren Techniken? Und schließlich ist nicht eine Initiative bekannt, mit der sich die deutsche Regierung in Brüssel für einen produktions- oder produktorientierten Umweltschutz der neuen Generation eingesetzt hat statt an dem nachsorgenden, reparierenden Umweltschutz festzuhalten.

2. Die Ökologie bleibt in der EU auf der Strecke

Es wäre allerdings falsch, allein die Eurokraten für die Defizite in der Umweltpolitik verantwortlich zu machen. Die europäische Umweltpolitik ist tatsächlich das Ergebnis von politischen Entscheidungen des EU-Umweltrats, in dem Vorlagen der Kommission bisweilen fortschrittlicher waren als die anschließenden Beschlüsse. Und es gibt - wie in der Bundesrepublik - auch in der EU einen Widerspruch zwischen Grundsatzbeschlüssen und realer Praxis. So zum Beispiel beim 5. Umweltaktionsprogramm, das in vielen Bereichen weitergehende Ziele aufzeigt, ohne daß sich dies in den Richtlinien und Beschlüssen wiederfindet. Im Zweifelsfall setzen sich nationale Interessen, kurzfristige Ziele und fragwürdige Kompromisse durch. Die SPD fordert deshalb die Bundesregierung auf, in der Zeit ihrer Präsidentschaft ein "Weißbuch über den Stand und die Kosten der Nichtumsetzung der Umweltunion" vorzulegen.

Angesichts der Verschärfung der wirtschaftlichen Konkurrenz auf den Weltmärkten wird versucht, nicht nur sozialpolitisch, sondern auch umweltpolitisch das Rad zurückzudrehen. Seit einiger Zeit vollzieht sich durch die Globalisierung der Ökonomie in allen Sektoren (Forschung, Produktion, Vertrieb) ein weitreichender Strukturwandel, der auch auf die nationale Politik zurückwirkt. Dabei droht die Ökologie auf der Strecke zu bleiben, denn die Folgen sind große Konzentrationsbewegungen, die Auflösung von kleinteiligen Zusammenhängen und die Beseitigung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Die ökologische Modernisierung erfordert dagegen in vielen Bereichen genau das Gegenteil der heutigen Trends: Vielfalt und Pluralität, Qualifizierung statt immer tiefere Arbeitsteilung, Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Entwicklung neuer Produktfelder und ökologischer Märkte statt der weltweiten, kapitalintensiven Konkurrenz um gleiche Produkte und Märkte bei zunehmenden Überkapazitäten. Dieser Wettbewerb kann nur zu Lasten von Sozialleistungen und Umwelt gehen. Von daher ist es kein Wunder, daß bei diesem Wettbewerb der ökonomischen Giganten die Umweltpolitik auch in der EU zu einer Alibiveranstaltung zu werden droht.

Die EU hat bis heute die Chancen nicht erkannt, die in einer ökologischen Modernisierung liegen. Stattdessen herrscht der Trend der Anpassung an die Zwänge des Weltmarkts vor. Denn auf der einen Seite sind die Nationalstaaten (mit Ausnahme möglicherweise der USA) auf sich allein gestellt nicht in der Lage, den ökologischen Kurswechsel zu bewerkstelligen, aber andererseits kommt der Öko-Kollaps noch schneller, wenn alle Industrie- und Schwellenländer wie die Lemminge den heutigen Wachstumskurs nicht nur fortsetzen, sondern ihn sogar wieder verstärken.

Es ist eine große Chance für die Zukunft Europas, wenn die EU auf die ökologische Karte setzten würde. Weil diese Chance nicht erkannt ist, liegt hierin eine entscheidende Ursache für die Defizite der europäischen Umweltpolitik. Es gibt keinen Konsens über die Bedeutung der Umweltpolitik, im Gegenteil: Sie wird als Bedrohung und Gefährdung der Wettbewerbschancen gesehen. Dies erklärt auch die oft folgenlosen Beschlüsse der EU, die unterschiedliche Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsländern oder auch die fragwürdige Regelungswut in Einzelfragen. Es fehlt in der EU eine politische Linie. Die Regierungs- und Staatschefs Kohl, Major, Mitterrand, etc. sind nicht in der Lage, eine überzeugende Perspektive für Europa vorzugeben. Deshalb ist die Praxis unzufriedenstellend und das Interesse an der EU stark rückläufig.

Für die deutsche EU-Präsidentschaft kommt es nicht darauf an, erneut folgenlose Beschlüsse zu fassen, sondern endlich den überfälligen Klärungsprozeß über die Zukunft der Europäischen Union zu beginnen. Dafür muß die ökologische Modernisierung die Leitlinie sein. Sie kann der Europaidee einen neuen motivierenden Inhalt geben. Aber das geht nicht mit dem Politikstil à la Töpfer, wo der Schein mehr ist als das Sein.

3. Deutsche Präsidentschaft nicht für Wahlkampftricks mißbrauchen

Wir fordern die Bundesregierung auf, die EU-Präsidentschaft nicht aus wahlkampfaktischen Gründen für folgenlose Ankündigungen zu mißbrauchen. Die Warnung ist berechtigt, denn auch 1990 hat das Bundeskabinett mit großem Medienaufwand einen Beschluß zum Klimaschutz gefaßt, der freilich nicht ernst gemeint war und bis heute nicht umgesetzt wird. Schon nach der Wahl haben sich wie in einer Perlenkette die einzelnen Bundesminister bis zum Bundeskanzler, der in einer Erklärung an den BDI, von dem Ziel distanziert, die nationalen, energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahr 2005 zu reduzieren. Freilich tut auch hier der Bundesumweltminister so, als ob die Bundesregierung alles erdenkliche tue, obwohl das Prognos-Institut erst vor wenigen Wochen belegt hat, daß dieses Ziel mit der bisherigen Politik nicht zu erreichen ist. Die SPD warnt deshalb die Bundesregierung vor einer erneuten Wahllüge wie 1990 mit dem weitgehend folgenlosen Beschluß zum Klimaschutz oder der Ankündigung zu einer ernsthaft nie gewollten CO₂-Steuer.

Statt weiter Stroh zu dreschen, fordert die SPD vom Bundesumweltminister, endlich einen ernsthaften Klärungsprozeß über die ökologische Modernisierung in den EU-Staaten in Gang zu setzen. Hier Substanz zu schaffen, wäre wichtiger als folgenlose Ankündigungen zu beschließen oder an der Schraube der unsinnigen Egelungswut weiter zu drehen. Es kommt darauf an, eine einheitliche ökologisch ausgerichtete Industriepolitik für die EU zu entwickeln, den einzelnen Mitgliedsstaaten mehr Freiraum zu geben und die Rahmenbedingungen für einen kreativen Wettbewerb auf den ökologischen Zukunftsmärkten zu schaffen. Damit würde der Bundesumweltminister wirklich etwas vorwärtsweisendes für die Umwelt und für Europa leisten.

Es wird zudem Zeit, die Umweltinteressen besser in der EU zu vertreten. Wir erwarten, daß Töpfer insbesondere für eine europäische Energie-, Verkehrs- und Chemiepolitik Anstöße gibt, um den Trend der Deregulierung und Konzentration zu Lasten politischer Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zu stoppen. Erste Schritte sind:

- Begrenzung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs durch Wettbewerbsgleichheit und Ausbau des Schienensystems;
- Gemeinsame Vorschriften für Flottenverbrauchsregelungen beim Auto;
- Sicherung der dezentralen Energieversorgung, insbesondere durch ein Konzept der Energiedienstleistungen;
- Aufbau einer europäischen Solarinitiative;
- Vorgabe zu einer schrittweisen Ökologisierung der Landwirtschaft;
- Verstärkung der ökologisch ausgerichteten Forschung und Entwicklung.

(-/20. Juni 1994/hgs/fr)

Hände weg vom geltenden Gesetz
Keine weiteren Einschränkungen beim Asylbewerber-Leistungsgesetz

Von Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB
Stellvertretende Innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD erteilt allen Plänen, am Asylbewerber-Leistungsgesetz zu basteln, eine eindeutige Absage. Nach der jetzt geltenden Regelung sollen Asylbewerber, über deren Antrag nach zwölf Monaten noch nicht entschieden ist, Zuwendungen nach dem Bundessozialhilfegesetz beziehen. Dieser Übergang nach Ablauf des ersten Verfahrensjahres war seinerzeit wesentlicher Bestandteil des Parteienkompromisses zur Neuordnung des Asylrechts. Für die SPD war er außerdem eine wichtige Voraussetzung für die Zustimmung zu dem gesamten Gesetzespaket.

Leistungen für Asylbewerber über diese Frist hinaus weiter abzusenken, ist mit den Anforderungen an eine menschenwürdige Behandlung nicht vereinbar. Ein solcher Schritt würde in der Öffentlichkeit als falsches Signal verstanden.

Bei allem Verständnis für die Probleme der Länder, Asylbewerber auch über einen längeren Zeitraum in Sammelunterkünften unterbringen zu müssen: Politisches Ziel kann und darf es nicht sein, die Leistungen für Flüchtlinge weiter herunterzuschrauben. Politisches Ziel muß es vielmehr sein, die Verfahren möglichst zügig und zugleich human durchzuführen.

Darüber hinaus muß für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge endlich der gesicherte Status geschaffen werden, den die gesetzlichen Regelungen vorsehen.

Die Konferenz der ausländerpolitischen SprecherInnen bekräftigt die Forderung der SPD, das Bund und Länder sich die Kosten je zur Hälfte teilen. Im übrigen sind sich die Mitglieder des Bundeskabinetts nicht einmal untereinander einig! Der Innenminister neigt offenbar weiteren Restriktionen zu, die Justizministerin dagegen widersetzt sich jeglichen Veränderungen zu Lasten der Betroffenen.

XFazit: Hände weg von den jetzt geltenden Gesetzen!

(-/20. Juni 1994/hgs/tr)

Das Europäische Parlament - eine Lobby für Frauen
Frauenanteil stieg auf über 25 Prozent - In der Sozialdemokratischen Fraktion ist fast jeder dritte Abgeordnete weiblich

Von Karin Junker MdEP
Vorsitzende des "Ständigen Ausschuß Frauen" der Sozialdemokratischen Partei Europas

Das Europäische Parlament ist seit jeher eine Lobby für Frauen. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten liegt seit langem über dem Durchschnitt der nationalen Parlamente. Dieser Vorsprung konnte jetzt ausgebaut werden. Während der Frauenanteil bei der Europawahl 1989 rund 19 Prozent erreichte, überrundete er jetzt die 25-Prozent-Marke: 143 der insgesamt 567 Abgeordnete sind weiblich (von dem kleinen Unsicherheitsfaktor abgesehen, daß aus Italien noch keine hundertprozent verlässlichen Zahlen vorliegen).

An der Spitze steht Dänemark mit sieben von 16 Abgeordneten (43,8 Prozent), gefolgt von Deutschland mit 34,3 Prozent (34 von 99 Abgeordneten), Luxemburg mit 33,3 Prozent (zwei von sechs Abgeordneten), Spanien mit 32,8 Prozent (21 von 64 Abgeordneten), den Niederlanden mit 32,2 Prozent zehn von 31 Abgeordneten), und Belgien mit 32 Prozent (acht von 25 Abgeordneten). Überdurch-

schnittlich hoch ist der Frauenanteil auch in den Delegationen Frankreichs (29,6 Prozent = 26 von 87 Abgeordneten) und Irlands (26,7 Prozent = vier von 15 Abgeordneten).

Unterdurchschnittlich sind nach wie vor Frauen aus Großbritannien (18 Prozent = 16 von 87 Abgeordneten), Griechenland (16 Prozent = vier von 25 Abgeordneten, bisher keine Frau) und Italien (10,3 Prozent = neun von 87 Abgeordneten - mit Vorbehalt) repräsentiert. Das Schlußlicht bildet Portugal mit nur acht Prozent (zwei von 25 Abgeordneten).

Auch die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPD) wird mit einem deutlich höheren Frauenanteil in die neue Legislaturperiode starten. Nach bisheriger Kenntnis werden der Fraktion 56 Frauen und 123 Männer angehören, was einem Anteil von 31 Prozent entspricht. Selbst wenn aus den Reihen der italienischen Mitgliedsparteien keine einzige Frau dazu käme, würde der Frauenanteil noch 28 Prozent und damit deutlich mehr als 1989 betragen. Insgesamt hat sich die Kampagne der SPE-Frauen zur innerparteilichen Gleichstellung ausgezahlt, wenn auch der Frauenanteil in den nationalen Gruppen nach wie vor sehr unterschiedlich ist.

Wenn man davon absieht, daß Irland mit nur einer (weiblichen) Person eine Sonderrolle einnimmt, führt Luxemburg die Liste mit paritätischer Besetzung (eine Frau, ein Mann) an, gefolgt von Frankreich (sieben Frauen, acht Männer), Deutschland (siebzehn Frauen, 23 Männer), Spanien (acht Frauen, vierzehn Männer) und Niederlande (drei Frauen, fünf Männer). Die Drittelquote erfüllen Dänemark (eine Frau, zwei Männer) und die beiden belgischen Parteien (jeweils eine Frau, zwei Männer). Während sich das prozentuale Verhältnis in Portugal verschlechtert hat (eine Frau, neun Männer), hat Griechenland (vorher keine Frau) verhältnismäßig deutlich zugelegt (zwei Frauen, acht Männer). Bedingt durch das Wahlsystem, haben es Britinnen erkennbar schwerer, einen Sitz im Europaparlament zu erringen. Mit dreizehn weiblichen Abgeordneten hat sich der Frauenanteil in der Gruppe der Labour Party mehr als verdoppelt, aber er liegt dennoch mit nur einem Fünftel (bei 49 männlichen Abgeordneten) unter dem Durchschnitt.

Unter dem Strich steht fest, daß Frauenpolitik im neuen Europäischen Parlament weiter an Bedeutung gewinnen wird und daß die Fraktionen bei der Vergabe von internen und Parlamentsfunktionen nicht daran vorbeikommen, Frauen gebührend zu berücksichtigen. Der politische Einfluß von Frauen auch in nicht "frauentypischen" Bereichen wird wachsen, und das kann der Europapolitik insgesamt nur förderlich sein. Es wird darauf ankommen, die Blockade des Ministerrates gegen frauenfreundliche Gesetzgebung zu brechen und Einfluß auf die übrige personelle Besetzung der europäischen Institutionen zu nehmen. Die nationalen Regierungen wären gut beraten, bei den Nominierungen für die neue Kommission auf Frauen zu achten. Es könnte sonst die - neuerdings zwingend erforderliche - Zustimmung des Parlaments versagt bleiben.

(-/20. Juni 1994/ngs/fr)

Dringender Handlungsbedarf

Permethrin und kein Ende - wo bleibt der TA Innenraum

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nach den Erhebungen der SPD-Bundestagsfraktion erreichen die volkswirtschaftlichen Kosten durch umweltbedingte Krankheiten rund 28 Milliarden Mark pro Jahr. Darunter sind Krankheitskosten und Arbeitsausfall erfasst. Besonders gravierend ist der Anstieg von Allergien, unter denen heute fast ein Viertel der Bevölkerung leidet, zunehmende Immundefekte, Atemwegserkrankungen, Nervenstörungen. Bis heute wird dieses Thema jedoch von der Bundesregierung verdrängt. Die sonst so medienorientierten Bundesminister Seehofer und Töpfer tauchen bei umweltbedingten Krankheiten ab, die Ärzteverbände leugnen oftmals sogar den Zusammenhang, auch weil damit eine Verschiebung der ärztlichen Tätigkeit hin auf die Vorsorge und Immuntherapie notwendig wäre, was aber für die große

Mehrheit der Ärzte eine Verschlechterung ihres Punktwertes und damit von Einkommen bedeuten würden. Umwelt und Gesundheit ist ein tabuisiertes Thema.

Die aktuelle Debatte um Permethrin macht dies erneut deutlich. Obwohl in der Zwischenzeit über 700 Fälle bekannt sind, gibt es noch immer keine Reaktion der verantwortlichen Minister. Das Bundesgesundheitsamt hat mitgeteilt, daß es schon vor Jahren auf die Problematik von Permethrin in Teppichen hingewiesen hat, wo durch Abrieb Partikel freigesetzt werden, die insbesondere für Kinder gesundheitsschädlich sind. Doch das Bundesgesundheitsministerium hat bis heute nicht reagiert. Daran zeigt sich auch, daß die in der letzten Zeit häufig gescholtene Bundesbehörde besser ist als ihr Ruf, denn Permethrin ist bei Umweltgiften kein Einzelfall, wo der Bundesgesundheitsminister nicht reagiert hat, manchmal hat sie die Erkenntnisse sogar unterdrückt. Beispiele sind Blei, Formaldehyd oder Dioxin.

Dringendes Handeln ist erforderlich, nachdem nun auch die Absicht fehlgeschlagen ist, Permethrin über die EU-Biozid-Richtlinie ab 1997, was schon viel zu spät wäre, zu verbieten. Die Länder der Gemeinschaft können sich nicht einigen, also kann es beim Einsatz von Permethrin bleiben, zumal die Bundesregierung sich nicht nachhaltig für eine Regelung einsetzt. Weder im Chemikaliengesetz noch im Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetz noch durch eine TA Innenraum, die nunmehr seit rund zehn Jahren angekündigt ist, sind Maßnahmen zur Abhilfe vorgesehen. Menschen leiden, viele sind gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt, doch die Bundesregierung handelt nicht. Dabei könnte sie, wenn sie schon selbst keine Verantwortung übernimmt, wenigstens dafür sorgen, daß alle mit Insektiziden behandelten Gegenstände des alltäglichen Bedarfs mit einem entsprechenden Giftsymbol gekennzeichnet werden, damit dann wenigstens der Verbraucher handelt.

(-/20. Juni 1994/hgs/fr)

Dokument des Scheiterns

Neue Prognosen zu den PKW-Zahlen - Anlaß für eine Wende in der Verkehrspolitik

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die neue DIW-Prognose, nach der im Jahre 2010 mit rund 50 Millionen PKW in der Bundesrepublik zu rechnen ist, ist ein Dokument des Scheiterns der Verkehrspolitik der Bundesregierung:

- Das noch im Bundesverkehrswegeplan selbstgesteckte Ziel einer Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs im Straßenverkehr und damit auch der CO₂-Emissionen rückt in immer weitere Ferne.
- Trotz aller Beteuerungen hat es während der letzten zehn Jahre keine Absenkung des realen durchschnittlichen Kraftstoffverbrauchs gegeben: mit rund 10,3 bis 10,9 l/100 km blieb er praktisch konstant.
- Keine Trendwende auch bei den durchschnittlichen jährlichen PKW-Fahrleistungen: seit rund 15 Jahren liegen sie bei 11.000 bis 12.000 km im Jahr. Mit einem Anstieg zum Beispiel beim Freizeitverkehr ist laut DIW zu rechnen.

Die alten Rezepte der Bundesregierung helfen nicht weiter. Jetzt ist nicht die Stunde für noch mehr Straßenbau - jetzt ist Anlaß für eine Reform der Verkehrspolitik an Haupt und Gliedern mit neuen Prioritäten:

- Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen ausgebaut werden. Haushaltsmittel müssen dafür umgeschichtet werden.
- Wir brauchen Regelungen zur Kraftstoffverbrauchsbegrenzung: das Drei-Liter-Auto muß sich durchsetzen.

Nur wenn die Weichen jetzt zugunsten einer ökologisch verträglichen Verkehrspolitik neu gestellt werden, werden wir die Auswirkungen der überbordenden Mobilität für Umwelt und Städte in den Griff bekommen.

(-/20. Juni 1994/hgs/fr)